Warum wir vor Gericht keine Gerechtigkeit erwarten: Der Fall Mouhamed Lamine Dramé

Eine Zusammenarbeit von dem Solidaritätskreis Justice 4 Mouhamed, Defund the Police Dortmund und dem Justice Collective Berlin

08.08.2022: Die Polizei erschießt Mouhamed

Am 08.08. wird der 16-jährige Mouhamed Lamine Dramé in der Dortmunder Nordstadt von der Polizei erschossen. Der jugendliche Geflüchtete aus dem Senegal befindet sich zu diesem Zeitpunkt in einer tiefen psychischen Krise. In seiner Jugendhilfeeinrichtung hält Mouhamed sich ein Messer an den Bauch und ein Betreuer ruft den Notdienst. 15 Minuten später liegt Mouhamed Tod am Boden, nachdem ihn die Polizei mit Pfefferspray, Taser und Maschinenpistole attackiert. Mehr als zehn Polizist*innen sind an dem Einsatz beteiligt.

Die Polizei ermittelt gegen sich selbst

Die Polizei Recklinghausen nimmt die Ermittlungen gegen ihre Kolleg*innen auf. Eine neutrale Ermittlung gibt es nicht. Die Bodycams der Polizist*innen sind ausgeschaltet während des Einsatzes und die Tonaufnahmen vom Notruf zeigen: der Einsatz lief anders ab, als es die Polizei darstellt.

Was bedeutet „gerecht" – und für wen?

Für die Justiz ist „Gerechtigkeit" oft gleichbedeutend mit Bestrafung. Das macht die Sache für den Staat einfach: Er gibt die Verantwortung für soziale Probleme an Einzelne weiter, was weder Betroffenen noch Geschädigten hilft.

Im Fall von Mouhamed ist der Prozess besonders hart für seine Familie. Die Bedürfnisse seiner Brüder werden nicht berücksichtigt. Sie verlassen mehrmals unter Tränen den Gerichtssaal.

Die Gewalt, die Mouhamed getötet hat, wirkt durch das Strafsystem weiter nach.

Selbst wenn der Fall eintritt, dass die Polizist*innen für die Tat belangt werden – echte Gerechtigkeit kann es dadurch nicht geben. Weder für die Gesellschaft, noch für die Familien.

Echte Gerechtigkeit ist **transformativ** – das heißt, sie versucht, die Gesellschaft zu verändern. Alternative, transformative Gerechtigkeitsansätze müssen wir als Gesellschaft zusammen diskutieren und erproben.

Das Strafsystem schafft für die meisten Menschen keine „Sicherheit". Stattdessen brauchen wir zum Beispiel mehr Wohnraum, Schutz vor Gewalt und Gesundheitsversorgung für alle, damit alle Menschen sicher leben können.

Wir fordern ein Justizsystem, das Menschen nicht retraumatisiert, wegsperrt und den Beteiligten weiteres Leid zufügt.

DEFUND THE POLICE Dortmund

Justice for Mouhamed

Abdul-Rahman, L., Espín Grau, H., Klaus, L., & Singelnstein, T. (2023). Gewalt im Amt: Übermäßige polizeiliche Gewaltanwendung und ihre Aufarbeitung. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
Allegra McLeod in Abolitionismus: Ein Reader, hrsg. v. Daniel Loick, Vanessa E. Thompson (2022).
Cengiz Barskanmaz, "Critical Race Theory in Deutschland", Verfassungsblog (2020).

14.02.2023: Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage

Die Staatsanwaltschaft verkündet, dass gegen fünf Polizist*innen Anklage erhoben wird. Das betrifft die folgenden Personen und Tatbestände:

- Einsatzleiter (Anstiftung zu gefährlicher Körperverletzung)
- Schützen (Totschlag)
- Drei weitere Polizist*innen (gefährliche Körperverletzung)

Alle Beamt*innen arbeiten an der Dortmunder Wache Nord.

19.12.2023: Die Hauptverhandlung beginnt

Die Angeklagten zeigen keine Reue für ihre Tat. Sie bezeichnen den Einsatz, bei dem sie Mouhamed töteten, als gelungen. Bei dem Prozess sind auch zwei Brüder von Mouhamed anwesend, Sidy und Lassana Dramé. Für sie ist der Prozess durch die Täter-Opfer-Umkehr der Polizei eine enorme Belastung.

Polizeigewalt bleibt oft unbestraft

Es ist äußerst ungewöhnlich, dass es bei Mouhameds Fall überhaupt zur Anklage kommt. Dies ist insbesondere das Ergebnis zivilgesellschaftlichen Drucks. Denn Polizist*innen werden meistens vom Strafsystem verschont.

Studien zufolge kommt es nur in etwa 2 Prozent der Fälle von Polizeigewalt zu einer Anklage. Betroffene haben in der Regel nur geringe Chancen, ihre Perspektiven darzustellen. Selbst wenn es zu einer Anklage kommt, bleibt diese oft ohne Konsequenzen

Im Strafsystem sind nicht alle gleich

Das Strafsystem schützt Polizist*innen. Im Gegensatz dazu verfolgt und bestraft es vermehrt Menschen, die von Rassismus und Armut betroffen sind. Denn die Polizei konzentriert sich zum Beispiel auf Gebiete, in denen viele Migrant*innen leben, und führt dort Kontrollen ohne Grund durch (racial profiling). Diese Gebiete werden von der Polizei als „kriminalitätsbelastete Orte“ bezeichnet, was ihnen mehr Befugnisse gibt. Somit kommt es oft wegen kleiner Vergehen zu Anzeigen und Verhaftungen, die auf Rassismus fußen.

Ähnlich ist es auch bei Menschen, die von Armut betroffen sind: Wohnungslose werden häufiger von der Polizei kontrolliert, erfahren Diskriminierung und Gewalt. Armenfeindliche Straftatbestände wie etwa das Fahren ohne Fahrschein werden nur für Menschen zu einem Problem, die kein Geld haben.

Die Ungleichheit setzt sich auch vor Gericht fort: Viele Fälle, die vor Gericht landen, sind Armutsdelikte. Nicht-Deutsche bekommen mit 30 Prozent höherer Wahrscheinlichkeit eine Haftstrafe und 8 Prozent längere Haftstrafen als Deutsche (in vergleichbaren Fällen).

Menschen mit wenig gesellschaftlicher Macht kommen häufiger vor Gericht und können vor Gericht keine Gerechtigkeit erwarten.